

GÖTTINGER BLÄTTER

04.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

18. Juni 2017:

► Wahlen zum Integrationsrat Göttingen

Am 18. Juni wird der Integrationsrat Göttingen neu gewählt.

Der Integrationsrat ist die kommunale Vertretung aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (z.B. AusländerInnen, AussiedlerInnen, Eingebürgerte, Flüchtlinge) in Göttingen.

Er vertritt die Interessen von mehr als 29.000 EinwohnerInnen der Stadt Göttingen, von denen knapp die Hälfte kein Wahlrecht bei Kommunalen Wahlen hat. Für sie ist die Wahl zum Integrationsrat die Chance, das politische Leben in Göttingen mitzubestimmen.

Der Integrationsrat vertritt ihre Interessen gegenüber der Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Er setzt sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben ein – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder ihres rechtlichen Status.

Eine direkt von den Migrantinnen und Migranten gewählte kommunale Interessenvertretung in der Stadt Göttingen ist unabdingbar, wenn Integration gelingen soll. Eine enge Zusammenarbeit von Integrationsrat, Stadtrat und Verwaltung ist eine wichtige Voraussetzung für eine auf Gleichberechtigung zielende Integration vor Ort.

Alle Migrantinnen und Migranten in Göttingen sind aufgerufen, die Wahlen zum Integrationsrat für eine starke Interessenvertretung und bessere politische Partizipation zu nutzen. Gesucht werden Kandidatinnen und Kandidaten, die die gesamte Migrantenbevölkerung widerspiegeln. Aufgerufen sind aktive Frauen, Männer, Jugendliche, Senioren und Se-

niorinnen, Studentinnen und Studenten, sowie Flüchtlinge ihre Interessen selber zu vertreten und sich für eine Kandidatur für den Integrationsrat in der Stadt Göttingen zu entscheiden. Ihre Kandidatur ist die beste Garantie dafür, dass ihre Interessen ernsthaft thematisiert und in der kommunalen Politik berücksichtigt werden.

Seit 15 Jahren hatten sich KandidatInnen der „Internationalen Linken Liste“ zur Wahl gestellt und auch jeweils einen

Sitz bekommen. Sie haben in beiden Wahlperioden konstruktiv in dem Gremium mitgearbeitet.

Bereits 2002 trafen sich Menschen deutscher und nichtdeutscher Nationalität, um eine Liste zur Wahl des Integrationsrates zu gründen, die nicht die Vertretung einer

bestimmten Nationalität sein soll, sondern sich international zusammensetzt. Dabei kam damals heraus, dass Menschen aus verschiedenen Ländern aus drei Kontinenten bereit waren, für den Integrationsrat zu kandidieren

Da die Wahlvorschläge schon im April bei der Stadt Göttingen abgegeben werden müssen, bedeutet das: Die Zeit drängt! Wer Interesse hat, auf der „Internationalen Linken Liste“ zu kandidieren, kann sich unter g.siebecke@web.de melden.



im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Wahlen zum Integrationsrat	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Sparkassenüberschüsse	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2017
ist der 21. April.
Auslieferung am 27. April.

Kulturenmesse 2017



In diesem Jahr schon am
21. Mai, 14.00 bis 18.00 Uhr.

Gesucht werden Kulturgruppen (Tanz-, Theater- und Musikgruppen) für das Bühnenprogramm
Planungstreffen am:

3. April um 18:30h

in Raum 126 im Neuen Rathaus
Anmeldungen bei Birgit Sacher,
Integrationsrat Göttingen, Neues
Rathaus: Tel. 0551/4002599,
integrationsrat@goettingen.de



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

▶ Alle Jahre wieder: SS marschiert in Lettland

Internationale Proteste gegen die Ehrung der Waffen-SS in Riga

Am 15. März demonstrierten vor den lettischen Botschaften in Berlin, Budapest, Rom, Athen und Brüssel Mitglieder und Freunde der Mitgliedsverbände der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) gegen die Ehrung von Angehörigen der Waffen-SS in der lettischen Hauptstadt Riga und die Unterdrückung antifaschistischer Proteste in Lettland. Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR, hatte bereits vorab gegenüber der lettischen Botschafterin in Deutschland, Frau Elita Kuzma, schärfsten Protest erhoben. In seinem Schreiben heißt es u.a.: „Seit über 25 Jahren veranstalten ehemalige SS-Kollaborateure, Angehörige und politische Anhänger einen Marsch und eine Kundgebung am Freiheitsdenkmal zu Ehren der lettischen Einheiten der Waffen-SS. Nachdem dies anfangs eher geduldet wurde, erlebt man in den letzten Jahren eine offene Unterstützung der Behörden. Wir können den regierungsoffiziellen Erklärungen zum Charakter der baltischen Waffen-SS-Einheiten nicht folgen. Zurecht hat der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg – als Gericht der Völker – in seinem Urteil die SS in allen ihren Untergliederungen – und damit auch die baltischen Waffen-SS Einheiten – als verbrecherische Organisation verurteilt.“ Vilmos Hanti, Präsident der FIR, leitete persönlich den Protest vor der lettischen Botschaft in Budapest. Es wurden, wie auch an allen anderen Orten, Fotodoku-

mente gezeigt, die die Morde lettischer Kollaborateure an Jüdinnen und Juden Lettlands zeigen.

In Berlin sprachen auf einer Kundgebung der Landesvorsitzende der VVN-BdA Dr. Hans Coppi, der Bundestagsabgeordneter Volker Beck von Bündnis 90/Grüne und Rita Bock, deren Großmutter nach Riga deportiert und dort ermordet wurde. In Deutschland protestierten zusätzlich deutsche Antifaschisten vor den lettischen Honorarkonsulaten in Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/M. und München. In Bremen demonstrierten bereits am Vormittag 20 Antifaschisten aus Bremen und Niedersachsen. Der bremische Landesvorsitzende der VVN-BdA, Raimund Gaebelein, übergab ein Protestschreiben an Herrn Lutz Peper, den lettischen Honorarkonsul. In München protestierten ebenfalls Antifaschisten, darunter Bernd Grube, dessen Onkel und Tante nach Riga deportiert worden waren. Dr. Guido Hoyer, bayrischer Landesgeschäftsführer der VVN-BdA, überreichte ein Protestschreiben an das lettische Konsulat. In Frankfurt/M. eröffnete vor ca. 100 Demonstranten Peter Christian Walther, Landessprecher der VVN-BdA, den Protest mit folgenden Worten: „Wir stehen hier vor dem Konsulat der Republik Lettland und protestieren dagegen, dass in der Hauptstadt von Lettland alljährlich am 16. März, dem „Tag der Legionäre“,

Einheiten und Angehörige der lettischen Waffen-SS mit einem „Ehrenmarsch“ geehrt und als „Freiheitshelden“ gefeiert werden. Wir stehen hier als deutsche und europäische Demokraten und Antifaschisten, weil wir eine solche Verherrlichung der SS und der damit verbundenen Leugnung ihrer Verbrechen nicht dulden. Den Aufruf zu diesem Protest haben über 125 Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, darunter mehrere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Vorsitzende von Frankfurter Gewerkschaften, Parteien und Organisationen unterzeichnet. Auch in ihrem Namen stehen wir hier. Wir stehen hier, weil die Regierung und die Behörden von Lettland den Aufmarsch der Veteranen und Anhänger der lettischen SS zwar dulden und akzeptieren, vor einigen Jahren sogar noch unterstützt haben, aber deutsche und europäische Antifaschisten daran hindern, an Ort und Stelle in Riga zu protestieren, um lettische Antifaschisten bei ihrem Protest zu unterstützen. So wurden im vergangenen Jahr deutsche Antifaschisten an der Einreise gehindert bzw. festgenommen und ausgewiesen. Deshalb stehen wir jetzt hier zum Protest vor den Vertretungen der Republik Lettland. Das geschieht heute auch in anderen Städten der Bundesrepublik und Europas. Die lettischen Sonderkommandos und Polizei-Einheiten, die zum Kern der lettischen Waffen-SS-Divisionen gehören, haben über 70.000 Juden, Frauen, Männer und Kinder, ermordet. Wir stehen hier zum Protest, weil wir das den Opfern dieser Verbrechen schuldig sind. Zu ihnen gehören auch die 992 Frankfurter Juden, die am 22. November 1941 von Frankfurt nach Riga deportiert und dort umgebracht wurden. In Europa darf es keine Ehrung der Waffen-SS und, damit verbunden, deren Verbrechen geben. Mit der „Ehrung“ von SS-Einheiten und deren Angehörigen wird faschistischer Ideologie und faschistischen Praktiken der Weg geebnet. Das dürfen und das werden wir in Europa nicht dulden.“ Im weiteren sprachen Jürgen G. Richter, Vorsitzender des Landesausschusses der Jüdischen Gemeinde in Hessen und Ulli Nissen, Frankfurter Bundestagsabgeordnete der SPD, der Frankfurter DGB-Vorsitzende Philipp Jacks, die stellv. Landtagsfraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Martina Feldmayer, und die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Gabi Faulhaber.

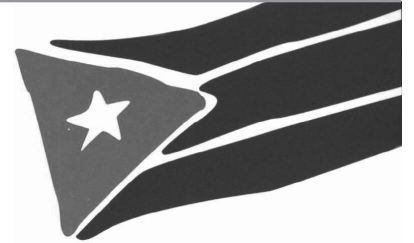


Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 11. April, 20:00 im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Ehrung zum 8. März

Granma veröffentlicht die Geschichte zweier der vielen kubanischen Frauen, die angesichts der Schwierigkeiten über sich selbst hinauswachsen und es verdienen, an diesem 8. März geehrt zu werden (Eine davon wollen wir hier dokumentieren) Autor: Jesús Jank Curbelo | informacion@granma.cu, März 8, 2017

YOANDRA

Das Kind ist gerade drei Jahre alt und heißt Yoan Ramírez Romero.

Sie ist Yoandra Ramírez Romero und während sie mit mir spricht, hat sie den Plastikeimer im Auge, der sich unter dem Wasserhahn füllt und dabei einen unerträglichen Lärm macht. Ich möchte sie darum bitten den Hahn zu schließen.

Ich tue es aber nicht.

Ich spreche mit Yoandra und Yoandra hat den Schrubber mit dem Putzlappen in der Hand. Der Boden ist feucht und sie hat ihn im Auge, Sie hört mir zu und antwortet mir leise und ich kann sie wegen des Wassergeräusches nicht verstehen.

- Ich wurde schwanger, habe beschlossen nicht abzutreiben und habe das Kind bekommen,

- Du allein?

- Ich allein

Der kleine Junge ist wie ein kleiner Teddybär. Ich hatte ihn zehn Minuten zuvor mit einem Kind auf einer Schaukel auf einem Spielplatz gesehen.

- Und deine Mutter?

- Wohnt nicht mit mir zusammen.

- Und hilft sie dir nicht?

- Nein, denn wir sind nie gut miteinander ausgekommen...

- Auch nicht mit dem Kind?

- Nein.

Als Yoandras Mutter erfahren hatte, dass sie schwanger war, sagte sie ihr, sie solle das Haus verlassen. Sie packte drei Koffer und ging zum Haus des Vaters des Kindes.

Der Vater des Kindes sagte, das Kind könnte nicht von ihm sein.

Yoandra ging zum Haus einer Freundin.

- Ich fing an in einem Privathaushalt zu arbeiten. Ich machte sauber, kochte, wusch. Und das Kind konnte dort bleiben.

Danach habe ich mir mit dem gesparten Geld ein kleines Holzhaus in der Nähe von Baracoa gebaut.

Und dann ist dieses Holzhaus vom Hurrikan weggetragen worden.

- Matthew kam hierdurch und hat alles zerstört. Er hat mir das Haus weggenommen. Er hat mich mit nichts zurückgelassen. Mich und eine ganze Menge anderer Leute.... Ich hatte die Matratze für das Kind, die Sachen aus der Küche. Ich hatte aber sowieso nicht viel. Aber ich habe alles verloren.

Das erste Mal, als ich Yoandra sah, war sie dabei, in einem der Blocks, die an die Eingangstür des Zentrums für Evakuierte grenzte, zu putzen.

Ihre Hose war bis zu den Knien hochgekrempt und das Haar nach oben geknotet. Dünn. Riesengroße Augen. Aber da wusste ich noch nicht, wer sie war.

Ich machte einen Rundgang durch Toa und traf auf Yoan. Er hatte Gummisandalen an und lief neben einem andern Kind in Shorts und ohne T-shirt. Der Kleine zielte mit seinen Fingern auf mich als ob sie eine Spielzeugpistole wären und ich tat so, als ob ich getroffen wäre.

Dann fragte ich ihn nach seiner Mutter.

- Nach dem Zyklon waren wir ein paar Tage in einer Schule untergebracht. Dann kam ich hierher und wir wurden gut betreut. Sie gaben uns Matratzen, eine für mich und eine für mein Kind, Betttücher, Tanks für das Wasser, Küchenmöbel, den Reina Kochtopf... Hier geht es uns nicht schlecht. Ich habe mein eigenes Zimmer, habe Privatleben, ich habe alles, siehst du? – sagt Yoandra.

Sie macht den Wasserhahn zu und kommt zurück.

- Als wir hier ankamen, habe ich gefragt, ob ich irgendetwas arbeiten könnte und sie haben mich hierhergebracht. Jetzt putzen wir

hier bis wir alles endgültig geregelt haben. Und danach haben sie mir gesagt, dass sie dich irgendwo unterbringen und dass man nichts weiter zu tun brauche.

- Also geht es dir gut?

- Hier, ja, gut. Es gibt keine Probleme und nachts ist auch kein Lärm. Von früh an isst das Kind alles, was es essen soll, hat Milch, hat alles, alles ... Die Milch mache ich ihm, denn hier im Laden geben sie mir eine Packung Milch. Morgens gebe ich ihm ein Glas und abends, bevor er ins Bett geht, bekommt er noch ein Glas.

- Was ist mit den Zuteilungen auf der Lebensmittellkarte?

- Bevor ich hierherkam, hab ich sie alle aus der Bodega mitgenommen, damit ich nicht immer dorthin und zurückmuss. Und jetzt wollen sie hier einen Laden mit Lebensmitteln einrichten, mal sehen, ob du die Lebensmittellkarte dort einlösen kannst und nicht bis in die Stadt dafür musst.

Yoandra schaut nach unten, wenn sie spricht.

- Yoan ist ein bisschen erkältet, wegen der Temperaturänderung. Aber nichts Schlimmes.

- Ich habe ihn eben mit einem Kind spielen sehen. Er hat mir gesagt, es sei sein Cousin.

Ja, weil der Kleine neben uns wohnte, da wo wir früher gelebt haben. Die Mutter haben sie hierher geschickt, sie haben sich gesehen und wenn ich arbeite, passt sie auf ihn auf.

- Seit das Kind geboren wurde, habe ich es alleine aufgezogen, Und jetzt ist es schon groß. Es war viel Arbeit, aber man hat immer die Hoffnung, dass die Dinge besser werden (...) Du wirst sehen, nach und nach komm ich wieder nach oben.

Yoandra ist 18 Jahre und guckt immer nach unten, wenn sie spricht.

Manchmal glaube ich, dass sie prüft, ob der Boden sauber ist.

Manchmal glaube ich, dass sie zu schüchtern ist.

Sie ist eine der stärksten Frauen, die ich bis heute kennengelernt hab.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Das braune Pack ist wieder da!

Erneut – etwa zeitgleich mit der Auslieferung dieser Göttinger Blätter – marschieret der Freundeskreis. Sonderlich weit geht es ja nie, sonderlich viele waren es letztthin auch nicht, man könnte sich beruhigt zurücklehnen und das Protestieren mal ausfallen lassen. Zu wichtig auch die anderen Sachen, die für einen Besuch am Bahnhof, davor „marschieren“ sie ja meist, zurück gestellt werden müssten.

Zugegebenermaßen ist es kontraproduktiv, seine eigene politische Arbeit nach dem Kalender und der Pfeife der national gesinnten Pfeifen auszurichten. Zu schwach erscheinen sie auch, wenn sie mit gerade einmal drei (Veranstalterangaben vier) Personen hinter vielen Steuergeldempfängern in Uniform vor den Steuerzahlen abgeschirmt werden. Zu anstrengend auch immer wieder diese Bündnisse mit Leuten, mit denen man fast nur die Abneigung gegen den FKTN teilt. Sollen wir also, wie es auch diverse Leserbriefe oder Kommentare anregen, die gar nicht beachten und ignorieren? Vielleicht das eine oder andere brennende Auto zum Anlass nehmen, erleichtert mit dem Gedanken: Beide böse zur Fernbedienung greifen? Ein verlockender Gedanke, gerade wenn das Wetter wieder schlechter wird. Fortschrittlich ist aber was anderes.

Es macht vermutlich auch den Nazis keinen Spaß, sich in der Kleinstgruppe hinter der Polizei verstecken zu müssen, normalerweise sind die lieber in der Mehrheit gegen hilflos und unbewaffnet, gerne Ausländer, schwul oder links (einschließendes oder). Dass dies in Göttingen nicht so ist, ist aber kein Zufall sondern das Resultat unserer gemeinsamen An-

strengungen. Fatal, die einfach weg zu werfen, fataler die Konsequenzen. Jede national befreite Zone ist eine zuviel.

Durch das Bündnis über ein großes Spektrum sind wir natürlich zu Kompromissen gezwungen, dafür ist es ja ein Bündnis. Andererseits müssen wir danach streben, die Hegemonie zu erreichen. Ist die Stadt sich einig gegen die braune Brut, wird es der Polizei schwerfallen, sich auf die Seite der Nazis zu stellen. Tut sie es, und sie hat es in der Vergangenheit schon so oft getan, dass es keine vollkommen aus der Luft gegriffene Unterstellung ist, geschieht das derzeit nicht unkommentiert oder gar unbeobachtet. Die jetzt wachsende Solidarität unter den Gegnern des Freundeskreises ist ohne diese nicht verschwunden und kann uns auch in anderen Kämpfen helfen. Wenn die Gewerkschaft mit uns jetzt auf die Straße geht, gehen wir mit ihnen auch durch die Streiks. Wenn der Pfarrer gemeinsam mit den Autonomen sich gegen die Polizeikette stemmt, wird er bei der Beichte nicht so harte Bußen verhängen.

Und was wäre das, wenn wir den Einsatz gegen die Nazis nur Wenigen überließen, daheim und die Daumen drückend? Wir überließen sie der Repression dieses Staates und hätten nichts gewonnen. Unsere Termine für andere Dinge müssten wir wegen der Soliparties absagen und das Geld, das eigentlich für fortschrittliche Projekte gespendet werden sollte, für die Bußgelder ausgeben. Davon ab, dass da dann Leute, die für unsere Interessen eintreten, verheizt werden.

Wir sind uns darüber einig, dass zwischen uns und den Lebensumständen, die wir uns erträumen, nicht der Freundeskreis steht. Das sind die kapitalistischen Verhältnisse, in deren Interesse

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 04. April, 20:00 Uhr

Armutsbericht

MV Dienstag, 18. April, 20:00 Uhr

Trump in den marx. Blättern: Referent: Lothar Geissler (Mitherausgeber der MB)

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Reguläre Kreismitgliederversammlung der DKP Göttingen

**am Samstag, den 22.4.2017
von 14:00 - 18:00 in den Räumlichkeiten des Roten Zentrums (Rote Hilfe).**

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Einführung Achim Bigus, stellvertretender Bezirksvorsitzender
3. Aussprache über Beschlussvorschlag und Referat
4. ggf. Beschlussfassung
5. Bundestagswahlen
6. Verschiedenes / Termine
7. Schlusswort

der Freundeskreis als nützliche Idioten tätig sind. Trotzdem steht die Bedrohung durch den FKTN zunächst an erster Stelle. Wenn ein Haus Schimmel in den Wänden hat und der Papiermüll im Treppenhaus brennt, was zuerst? Löschen oder renovieren? Kommunisten sollten genug gelernt haben, um einerseits diese Zusammenhänge zu kennen und einzuordnen, andererseits hat man ihnen, gerade in der NS-Zeit und danach, genug beigebracht, um zu wissen, wie gefährlich die Nazis sind, wenn man sie mal lässt.

Auch wenn die Stiefelnazis als Ablenkung nur nützliche Idioten des Kapitals sind.

StW

**02.-05.
JUNI
2017**

SAVE . THE . DATE .

★

FESTIVAL DER JUGEND

festival-der-jugend.de

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Wie geht eigentlich Integration?

Eine Frage mit vielfältigen Hintergründen und Aspekten und auch eine wirklich offene Frage an alle LeserInnen mit der Bitte um Mitdenken und vielleicht auch kontroversen Antworten und Anregungen

Ein kurzer Titel dieses Mal als Einstieg für die Seite der Groner Bürgerinitiative Antifaschismus. Gleichwohl. Denn: Diese Thematik sollte alle Göttinger Linken beschäftigen, wenn man bedenkt, dass der Anteil an MitstreiterInnen mit Migrationshintergrund, wie es so schön neudeutsch und bürokratisch heißt, auch in unseren eigenen Reihen verschwindend gering ist.

Dies ist im Stadtteil Grone, in dem der Anteil an MigrantInnen an der Wohnbevölkerung deutlich höher ist als im Durchschnitt der Stadt Göttingen, noch auffälliger.

Liest man die aufwändige Fortschreibung des sog. Integrationsaufgabenberichtes der Stadt Göttingen für den Zeitraum 2017 - 2018, ist dort unter anderem von der gewünschten Partizipation der MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund an Entscheidungsprozessen der Gesellschaft die Rede. Man kann in diesem Bericht sehr detailliert alle Ziele und Bemühungen der Stadtverwaltung nachlesen, um die Integration zu fördern. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander!

Es fragt sich, wie die Menschen, um dies es gehen soll, tatsächlich in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden. Denn ihr Anteil ist sowohl in der Stadtverwaltung als auch in den politischen Gremien gering.



Integration an Grundschulen?

Ein gutes Beispiel für früheste Integration ist u.a. der Paritätische Kindergarten in Grone: Bis zu 60 verschiedenen Nationen waren dort vertreten. Wie lässt sich nun im weiteren Bildungsverlauf etwas verändern? Es sollte von staatlicher Seite dort ansetzen, wo es los geht mit dem Zusammen(leben). Solange z.B. im Stadtteil Grone, insbesondere Grone Süd, die Kinder mit Migrationshintergrund in der Grundschule fast gänzlich unter sich sind, kann doch keine Integration stattfinden. Schon vor mehr als 10 Jahren wurde im Ortsrat Grone und auch beim Schulamt darauf aufmerksam gemacht, dass viele Familien ohne Migrationshintergrund ihre Kinder mit „fadenscheinigen“ Argumenten in andere Schulbezirke, z.B. Egelsberg, oder an konfessionelle Schulen anmelden, um ihre „kostbaren“ Kinder eben nicht in die hiesige Grundschule zu integrieren. Das betrifft sog. „Normalos“ genauso wie z.B. kirchliche Würdenträger. Anhand der Grundschulen und der Hauptschule in Grone kann man sehr gut erkennen, wie Integration eben nicht funktioniert.

Dazu kommen noch zu große Klassen und unzureichende Spracherziehung. Dies ist besonders erschreckend und sicher auch frustrierend für die betroffenen Familien, denn hier werden Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt. Und es zieht Kreise in die komplementären Kinder- und Jugendeinrichtungen: So ist z.B. der Migrationsanteil der NutzerInnen des Jugendzentrums Geismar unterdurchschnittlich, wohingegen die NutzerInnen im Jugendhaus Grone fast ausschließlich MigrantInnen sind. So geht Segregation von Kindesbeinen an.

Können wir selbst etwas ändern?

Noch mal die Frage: Was können wir selbst tun, damit zu uns in die

Stadtteilinitiative oder zu anderen Gruppen und Parteien mehr Menschen mit Migrationshintergrund kommen, um mit uns zusammen für ihre Rechte und für unser aller Integration zu kämpfen (denn dies ist eine Win-Win-Situation und funktioniert nie einseitig, sondern muss immer in zwei Richtungen erfolgen)?

Vielleicht müssen wir erst einmal feststellen, dass es nicht reicht, nur „offen“ zu sein: Na klar, keine/r von uns hat was gegen MigrantInnen generell, wir sind tolerant und reflektiert und im besten Falle interessiert. Aber das reicht nicht. Es braucht anscheinend besondere Bemühungen, um einladender zu wirken. Vielleicht braucht es auch zunächst Informationen und Verständnis, woran es denn liegt, dass sich so selten politisch interessierte MigrantInnen in unseren Kreisen bewegen. Schließlich hat eine nicht geringe Anzahl Menschen aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen.

Andere Hintergründe?

Aus ganz persönlichem Miterleben habe ich die Erfahrung gemacht, dass der normale Alltag, die existentiellen Bedürfnisse wie Arbeitsplatz und Wohnen durch Diskriminierung dermaßen anstrengend und kränkend sein können, dass kaum Kraft bleibt, um sich noch politisch zu engagieren.

Ein bezeichnendes aktuelles Beispiel für alltägliche Schikane ist in der TAZ vom 10.03.17., nachzulesen: Zwar gilt das. Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, aber erst jetzt musste durch Gerichtsbeschluss einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft untersagt werden, BewerberInnen für eine Wohnung wegen ihres türkischen Namens abzulehnen. Denn in dem Gesetz gibt es eine Ausnahmerebestimmung, auf die sich auch Vermieter vor Ort berufen.

Solange Menschen mit Migrationshintergrund (und insbesondere solche in prekären Lebenssituationen) überall auf gläserne Wände stoßen (sowie Frauen auf gläserne Decken beim Aufstieg ...), müssen wir als Groner Antifaschisten besondere Anstrengungen unternehmen, um zu mehr solidarischem Miteinander zu kommen.

(bs)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Aufstellungsversammlungen für Direktkandidaten für die Wahlkreise 16 Göttingen/Münden und 17 Göttingen zur Landtagswahl 2018 mit anschließender KMV am 04.05.2017, um 19 Uhr (getrennt) bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Jeweilige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahlkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
- 9.. Vorstellung der Kandidat*innen
(Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Wahlkreis 16 umfasst die Stadt Hann. Münden, die Gemeinden Flecken Adelebsen, Flecken Bovenden, Staufenberg, die Samtgemeinde Dransfeld, die Stadt Göttingen mit den Stadtteilen Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren, Göttingen-Weststadt.

Der Wahlkreis 17 umfasst die Stadt Göttingen ohne die Stadtteile Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren, Göttingen-Weststadt

Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Wahlkreis haben und Wahlberechtigt für die Wahl zum Landtag sind.

Zu den Aufstellungsversammlungen für die Wahlkreise 12 Göttingen/ Harz (Altkreis Osterode) und 15 Duderstadt wird nach Rücksprache mit den beteiligten OV gesondert eingeladen.

Anschließend Kreismitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss über Tagesordnung, Sitzungsleitung, Protokoll
2. Vergabe eines KV-Votums für die Aufstellung der Landesliste
3. Vorbereitung Landesparteitag und Aufstellungsversammlung zur Landtagswahl am 20./21. Mai
4. Verschiedenes

Diskussion des Bundestagswahlprogramm

am **Samstag, den 8. April, von 13 bis 18 Uhr** im Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg

LINKES Frauentreffen

Samstag 29. April 2017 um 14 Uhr

in Göttingen, voraussichtlich in der Lange-Geismar-Straße 3 (Saal der Roten Hilfe e.V.)

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Veranstaltungshinweis

Info- und Diskussionsveranstaltung am **Fr., 7. April, 19 Uhr, Rote-Hilfe-Saal:**

Gesellschaftlicher Aufbruch 2017 – Ist die Zeit reif für rot-rot-grün? + Aktuelle Infos zur Entwicklung der Tageszeitung „junge Welt“

Referenten: Ingo Höhmann (jW-Aktionsbüro) und Sebastian Carlens (Ressortleiter Innenpolitik der jW).

Veranstalter: jW-Leser*inneninitiative Gö, unterstützt von Göttinger Linke, DIE LINKE. OV Göttingen und DKP (angefragt).

Weitere Termine auf Seite 9

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 3 - Februar 2017

EDITORIAL

Die erste Kreistagssitzung 2017 stand im Zeichen zahlreicher Anträge unserer Gruppe, in denen bescheidene Selbstverständlichkeiten gefordert wurden, welche gleichwohl von den neoliberalen Einheitsparteien meist sachargumentationsfrei zurückgewiesen wurden. Die Gewissheit, vielfach einen Nerv getroffen zu haben, motiviert uns, in dieser Weise weiterzuarbeiten.
Zudem wurde der Haushalt für 2017 – ohne uns - verabschiedet.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 9 - Sparkassengewinne

Unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten schütten bundesweit ca. 1/3 der Sparkasse Teile ihrer Gewinne an die kommunalen Träger aus. Zwar führt eine Ausschüttung dazu, dass Steuern abgeführt werden müssen, dies gehört unserer Meinung nach aber dazu. Vor diesem Hintergrund brachte H-G Schwedhelm für unsere Gruppe den Antrag ein. Wie bei jedem Redebeitrag von Hans-Georg fühlte sich Grünen-Frontmann Worbes sogleich herausgefordert und sprach von einer „populistischen Debatte“. Dass die Grünen im Göttinger Rat sich demgegenüber viel offener zeigen, interessierte ihn dabei nicht – der Aschermittwoch war wohl zu dicht dran.
Birgit Sterr (SPD) malte anschließend den Teufel an die Wand und sah nicht nur das Sponsoring der Sparkasse gefährdet, sondern fabuliert von zu erwartenden Filialschließungen. Dinge also, die aus dem „Gewinn“ gar nicht finanziert werden. In das gleiche Horn blies dann auch noch der Landrat, der zugleich noch über die Niedrigzinsphase jammerte, ohne freilich etwas vom tendenziellen Fall der Profitrate zu ahnen.
Unser angeblich „postfaktischer“ Antrag wurde zuletzt niedergestimmt, ohne dass wir zuvor eine nachvollziehbare Begründung dafür vernehmen konnten.

TOP 10 – Rettung des Angebotes der Kreismusikschule

Wenn man mitbekam, wie die herkömmlichen Parteien beteuerten, in der Vergangenheit in Bezug auf die Kreismusikschule die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben, musste man sich fragen, warum diese nun überhaupt in Schwierigkeiten geraten ist.
Um diese Argumentation zu stützen, wurde mit dem ehemaligen Direktor ein Sündenbock präsentiert, zugleich aber „Entwarnung“ gegeben (so CDU-Noack wörtlich). Dietmar Linne von den Grünen ergänzte, private Anbieter könnten die gleiche Dienstleistung preiswerter und dennoch kostendeckend anbieten – die alte neoliberale Leier. Ob die Einkommen der Beschäftigten für diese dann noch reichen, alle ihre Kosten zu decken, sagte Herr Linne nicht.
In seinem engagierten Redebeitrag wies Konrad Kelm dann auch darauf hin, was private Träger in Bezug auf Musikunterricht besser könnten: brutal die Arbeitskraft entwerten und prekäre Verhältnisse zu schaffen. Wer die Tür für private Anbieter öffne, müsse wissen, dass aus Arbeitsverträgen mit tariflicher Bindung sozialversicherungsfreie Jobs werden. Die Umstellung auf Honorarbasis nehme den Musiklehrerinnen und -lehrern und deren Familien die soziale Sicherheit.
Konrad forderte hingegen, die Zusammenarbeit mit der VHS zu suchen. Insbesondere die Verwaltung, das Anmelde- und Bezahlwesen könnten über diese abgewickelt werden. Statt solche Möglichkeiten ins Auge zu fassen, werde ein reiner Konfrontationskurs gefahren, auch gegenüber der Belegschaft, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft.
Hans-Georg Schwedhelm machte noch einmal deutlich, dass die Musikschule aufgrund falscher politischer Entscheidungen in der Vergangenheit in Schieflage geraten sei.
Die Folgen werden nun wohl die Beschäftigten ausbaden müssen, unser Änderungsantrag wurde jedenfalls abgelehnt.

TOP 19 – 50 Flüchtlinge aus griechischen Camps in den Landkreis Göttingen

In unserem Antrag, den Konrad mit seinem Redebeitrag einbrachte, wurde der Vorschlag gemacht, sofort und auf schnellstem Weg 50 geflüchtete Menschen, die sich gegenwärtig in Griechenland aufhalten, zusätzlich zu den vom Land zugewiesenen Flüchtlingen in den Landkreis Göttingen aufzunehmen.
Hintergrund ist die verheerende Lage der Geflüchteten in den griechischen Lagern. Schnelle und unbürokratische Hilfe ist hier nötig. Griechenland befindet sich in einer schlimmen Krise und kann die Not der Flüchtlinge nicht lösen.
Bevor der Antrag in den Fachausschuss überwiesen wurde, bekamen die Vertreter der „Volksparteien“ natürlich nochmal die Gelegenheit, den Antrag herunter zu nörgeln. SPD-Philippi sprach von einem „Schaufenster-Antrag“, der dazu diene, zu „polarisieren“. Und aus der CDU war zu vernehmen, „internationale Abkommen“ seien „einzuhalten“, wobei unbeantwortet blieb, wodurch sie denn gebrochen würden.
Die Grünen hingegen zeigten sich offen für unseren Antrag und fanden es wichtig, ein Signal zu setzen.
Tom Stiller von der FDP forderte schließlich in einer guten Rede, sich nicht auf nur 50 Flüchtlinge zu beschränken und wies den Begriff „Schaufenster-Antrag“ ausdrücklich zurück.

TOP 21 – Kosten der Unterkunft anpassen

Mit einem neuerlichen von Eckhard Fascher eingebrachten Antrag zu unserem Dauerbrenner KdU ging es bei diesem Thema in die nächste Runde. „Alle Jahre wieder“, äußerte Frau Surup von der SPD, als handele es sich um einen Spaßantrag. Der Hintergrund ist jedoch, nicht nur für die Betroffenen, eine ernste Angelegenheit: Das Sozialgericht in Hildesheim hat die im Landkreis Göttingen bestehende Regelung wieder einmal gekippt. Frau Surup tröstete zwar, die Verwaltung arbeite bereits, aber warum sollen wir auf das nächste „unschlüssige“ Konzept warten? Unser Antrag sieht eine Orientierung an der Wohngeldtabelle mit einem Sicherheitszuschlag von 10 % vor. Die Beratung dazu soll nach unseren Vorstellungen in einer vorgezogenen Sitzung des Sozialausschusses stattfinden.

TOP 35 – Sozialticket für den Landkreis Göttingen

Unser Antrag, ein Sozialticket für den gesamten Landkreis einzuführen, wurde von den anderen Fraktionen in der Weise aufgegriffen, dass eine Tarifreform in größerem Umfang stattfinden solle. Andreas Gemmecke wies darauf hin, dass im SGB II-Regelsatz nur ca. 25 € für Mobilität enthalten seien. Die weitere Beratung erfolgt nun in den Gremien des ZVSN.

Erklärung von DIE LINKE LV Niedersachsen vom 06.03.2017

▶ Mit weiblicher Doppelspitze in den Wahlkampf

Quelle: http://www.dielinke-nds.de/politik/nachrichten/daten_aktuelles/2017/neuer_landesvorstand_2017/

Mit zwei Frauen an der Spitze, der Wolfsburger Bundestagsabgeordneten und Spitzenkandidatin Pia Zimmermann und der wiedergewählten Landesvorsitzenden Anja Stoeck geht DIE LINKE Niedersachsen in den Bundestagswahlkampf 2017 und das Projekt Wiedereinzug in den Niedersächsischen Landtag. „Ich freue mich, dass wir jetzt der ein Landesverband mit einer weiblichen Doppelspitze sind. Wir setzen damit auch ein deutliches Zeichen in der leider vielfach noch immer männlich dominierten Politik“, so Stoeck nach ihrer Wiederwahl. Beide Vorsitzenden wurden mit deutlichen Ergebnissen von 70 bzw. 80 Prozent in ihr Amt gewählt.

Zentrales Ziel des neuen Landesvorstandes ist neben einem guten Bundestagswahlergebnis vor allem der Einzug in den Landtag bei der Wahl im Januar 2018. „Die jüngsten Zahlen zur Armutsentwicklung in Niedersachsen machen deutlich, dass das Land wieder eine starke LINKE im Parlament benötigt. Die rot-grüne Landesregierung hat in dieser Frage auf ganzer Linie versagt“, erklärte Pia Zimmermann am Rande des Parteitages. Mit 16,5 Prozent liegt die Anzahl der armen Menschen in Niedersachsen derzeit nicht nur über dem Bundesdurchschnitt, es handelt sich auch um den höchsten Stand seit der erstmaligen Erhebung der Armutsquote 2005. „Erwerbslose, Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Geflüchtete, Rentnerinnen und Rentner: sie alle sind besonders von Armut betroffen und diese Menschen brauchen wieder eine Stimme in der niedersächsischen Landespolitik.“

Anja Stoeck ergänzt: „Ein Fokus wird darauf liegen, dass wir die konsequente Umverteilung von Reichtum einfordern. So ist soziale Politik bezahlbar! Mit einer guten Mischung aus jüngeren, neuen Vorstandsmitgliedern und älteren, erfahrenen gehen wir als starkes Team in das Wahljahr 2017.“

Der neue Landesvorstand:

Landesvorsitzende: **Anja Stoeck**, 50 Jahre, Winsen (Luhe) und **Pia Zimmermann**, MdB, 60, Wolfsburg

Landesgeschäftsführer: **Dr. Michael Braedt**, 65, Langenhagen

Landesschatzmeister: **Hans-Georg Hartwig**, 63, Braunschweig

Stellvertretender Landesschatzmeister: **Lars Büttner**, 27, Bohmte

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Hans-Henning Adler, 67, Oldenburg

Thomas Bartsch, 56, Nordenham

Mizgin Ciftci, 25, Osterholz-Scharmbeck

Sandra Gülk, 48, Gusborn

Agnes Hasenjäger, 66, Hannover

Stephan Hormann, 32, Hameln

Viktoria Kretschmer, 41, Nienburg

Rita Krüger, 65, Hildesheim

Lars Leopold, 39, Eime

Fatima Ortac, 21, Hannover

Thorben Peters, 29, Lüneburg

Stine Rummel-Strebelow, 36, Rosdorf

Behiye Uca, 45, Celle

Ursula Weisser-Roelle, 64, Braunschweig

Ergänzungen aus der Sicht eines Göttinger Delegierten:

Im Mittelpunkt des Landesparteitags am 4. und 5. März stand die Wahl des neuen Landesvorstandes, aber auch die Diskussion um den Leitantrag nahm breiten Raum ein.

Der bisherige Landesvorsitzende Herbert Behrens war aufgrund seiner Nichtwahl auf einen aussichtsreichen Platz der Bundestagsliste nicht wieder angetreten und ermöglichte so eine weibliche Doppelspitze aus Pia Zimmermann und der bisherigen Landesvorsitzenden Anja Stoeck, die jeweils ohne Gegenkandidaten mit deutlichen Mehrheiten gewählt wurden, ebenso wie der alte und neue Schatzmeister Hans-Georg Hartwig.

Überraschend unterlag die parlamentarische Geschäftsführerin der früheren Landtagsfraktion Ursula Weisser-Roel-

le, dem Vorstandsmitglied des LINKEN Kommunalpolitischen Forums Michael Braedt mit knapper Mehrheit. Wohl noch überraschender verlor ebenfalls nur knapp die bisherige Landesgeschäftsführerin Giesela Brandes-Steggewentz gegen den weithin unbekanntenen Lars Büttner bei der Wahl zum stellvertretenden Schatzmeister. Ursula gehört dem neuen Landesvorstand als Beisitzerin an, Giesela nicht mehr.

Immerhin gelang es nach zweijähriger Abwesenheit wieder einer Göttingerin, nämlich Stine Rummel-Strebelow in den Landesvorstand gewählt zu werden. Edgar Schu, der im Gegensatz zu Stine das Votum des Kreisverbandes bekommen hatte, trat aufgrund der nicht erwartenden geringeren Zahl männlicher Plätze und einer Konkurrenzsituation zu anderen, politisch nahestehenden Kandidaten nicht an. Einige bisherige Mitglieder des früheren Landesvorstandes sind auch trotz Wiederantritt nicht gewählt worden. Dies sind beispielsweise die Ostfriesin Franziska Junker oder der Hannoveraner Veli Yildirim. Die Nichtwahl betraf vor allem Personen, die eher der Antikapitalistischen Linken oder dem Hannoveraner Mehrheitsflügel nahe standen.

Obwohl es im Vorfeld neben dem Entwurf des Landesvorstandes noch einen weiteren von Hans-Hennig Adler und Ursula Weisser-Roelle gegeben hatte, gelang es dann doch einen gemeinsamen Vorschlag zu präsentieren. In diesen wurden dann noch etliche Änderungsanträge eingearbeitet, die meisten übrigen wurden von der Versammlung verabschiedet, so dass insgesamt recht einvernehmlich der Leitantrag verabschiedet wurde. Dieser bezieht deutlich Position gegen kapitalistische Strukturen und die damit immer tiefer werdende Spaltung der Gesellschaft. Er enthält Aussagen für eine steuerliche Umverteilung und gegen Privatisierungen sowie sozialpolitische Forderungen der LINKEN wie Mindestlohn, Mindestrente und einen massiven sozialen Wohnungsbau. Er setzt sich für eine konsequente Friedenspolitik und ein uneingeschränktes Asylrecht ein. Auch die Forderung nach einem fahrscheinlosen ÖPNV und emanzipatorischer Bildung findet sich hier. Anträge aus Göttingen zur Thematisierung der Senkung des Reallohns und für eine kommunale Daseinsvorsorge wurden in den Leitantrag übernommen.

Fast einstimmig wurde ein Antrag zum Widerstand gegen den G20-Gipfel in Hamburg und für eine gerechtere Weltordnung beschlossen.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Direktwahlkandidatur für die Bundestagswahlen September 2017:

► Konrad Kelm

Ich bin 66 Jahre alt, alleinstehend und habe zwei Söhne. Von Beruf Schriftsetzer, bin ich seit Herbst 2015 Rentner. Ich bin seit vielen Jahren in der politischen Linken aktiv und gehörte 1990 zu den Mitbegründern der Linke Liste Göttingen, dem Vorläufer des Kommunalwahlbündnisses Göttinger Linke. Ich bin Mitglied der Gewerkschaft ver.di.

In den letzten anderthalb Jahren habe ich vielfältig Flüchtlinge im Göttinger Raum unterstützt. Ich war Sprecher der Initiative Willkommen Flüchtlinge am Klausberg (IWF). Ich bin außerdem LINKER Kreistagsabgeordneter in der Gruppe Linke-Piraten-Partei.

Es ist höchste Zeit, gegen die schlechten Lebensbedingungen erfolgreich Widerstand zu leisten. Nach Jahren von der Großen Koalition verordneter Lethargie politisiert sich unsere Gesellschaft endlich wieder. Es ist möglich, sich gegen den rechten Zeitgeist, sozialen Kahlschlag, immer weitere Bereicherung von Milliardären und Milliarden zu wehren. Wir können zusammen die Gesellschaft ein Stück weit nach links verschieben. Soziale Gerechtigkeit ist wieder ein großes Thema geworden. Wir haben dafür die passenden Inhalte. Ein Politikwechsel schon mit diesem Bundestagswahlkampf ist möglich, wenn die Partei DIE LINKE deutlich stärker wird.

Ich möchte klare Kante gegen jeden Chauvinismus und Rassismus zeigen und trete für ein soziales und friedliches

Europa ein. An die Stelle der deutschen Dominanz und der Kneblung, besonders der EU-Länder im südlichen Europa, müssen Demokratie, Kooperation und Investitionen statt eines deutschen Austeritätsregimes treten. Als Internationalisten sollten wir für die Gleichheit aller Menschen und gleiche Rechte für alle eintreten. An die Stelle der „Festung Europa“ muss ein Europa mit offenen Grenzen treten, das alle Menschen, insbesondere Flüchtlinge, willkommen heißt. Aus einer europäischen Union, die ein Hauptlieferant von Kriegswaffen ist und selbst viele Kriege führt, soll eine Friedensmacht werden.

Wir brauchen mehr eigene Zeit zum Leben! Es ist unerträglich, dass wir erst alt werden und in Rente gehen müssen, um eigene freie Zeit nach unseren Wünschen zu verbringen. Wir brauchen eine drastische Arbeitszeitverkürzung, um Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Entwicklung und Politik von unten unter einen Hut zu bringen. Diese Arbeiten sollen sich Frauen und Männer partnerschaftlich teilen. Das Modell „alleinvertienender Familienvater“ gehört ins Museum.

Der gesellschaftliche Reichtum muss gerechter produziert und verteilt werden. Die Superreichen müssen zur Kasse gebeten werden und auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir Sicherheit und Perspektive. Gesundheit und Pflege darf nicht vom

Geldbeutel abhängen und Rente darf nicht Armut bedeuten. Wohnraum ist nicht zum Spekulieren, sondern zum Wohnen da. Der soziale Wohnungsbau muss endlich wieder angekurbelt werden. Bildung und Kultur muss allen Menschen frei zugänglich sein.

Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen soll nicht mehr den Profit als oberste Maxime haben, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet werden. Die Orientierung an Profit und Wachstum führt heute zu unsinnigen und von niemandem benötigten Gütern. Ich trete dafür ein, das Flaggschiff der deutschen Exportoffensive, den Automobilbau, zurück zu fahren. Degrowth statt weiteres Wachstum, Arbeitszeitverkürzung statt 40-Stunden-Woche. Carsharing und ÖPNV soll an die Stelle der rostenden und überall im Wege stehenden Blechlawinen treten.

Gegen den rechten Zeitgeist hat sich ein gesellschaftliches Lager der Solidarität herausgebildet. Auch bei nur kleinen Schritten stößt es sich an den Fesseln staatlicher Bevormundung. Diese Zivilgesellschaft soll sich verstärkt einmischen und sich entwickeln. Die Ermunterung und tatsächliche Teilnahme großer Teile der Bevölkerung an den politischen und sozialen Auseinandersetzungen wird entscheidend werden. Wir sollten dazu mit allen Kräften beitragen.

Für den Wahlkampf braucht es ein Team. Veranstaltungen und Büchertische müssen vorbereitet, eine Internet-Präsenz aufgebaut und betreut werden. Je mehr Genossinnen und Genossen mitarbeiten, desto besser. Ein erster Termin soll Donnerstag, den 13. April 2017, um 18 Uhr bei Arbeit und Leben stattfinden.

.....
Fortsetzung Termine von Seite 6

OV Hann. Münden

Der nächste Termin für eine OMV steht noch nicht fest, wird aber rechtzeitig auf der facebook-Seite des OV angekündigt.

OV Kreis-Osterode Mitgliederversammlung

Keine Sitzung im April.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mittwoch, 12. April, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Keine Sitzung im April

► Kreismitgliederversammlung vom 23. Februar 2017

Die aufgrund einer Grippewelle nur von rund 20 Genossinnen und Genossen besuchte Kreismitgliederversammlung stand vor allem im Zeichen der Vorbereitung des Landesparteitages. Für diesen hatte es im Vorfeld drei Kandidaturen aus Göttingen für den Landesvorstand gegeben, nämlich Stine Rummel-Strebelow, Edgar Schu und Christian Mosewitsch. Das Votum des Kreisverbandes wurde dann mit deutlicher Mehrheit an Edgar Schu vergeben. Auch die beiden Vertreter*innen des Kreisverbandes im Landesausschuss wurden

neu gewählt. Dies sind Teresa Cruz Avelenada aus Bad Lauterberg und Eckhard Fascher, deren Stellvertreter*innen sind Katja Sonntag und Joshua Vache. Über die Arbeit im Landesausschuss soll in Zukunft regelmäßig bei den Mitgliederversammlungen berichtet werden.

Ausführlich wurde diesmal aus dem Kreistag und dem Stadtrat sowie von dem gemeinsamen kommunalpolitischen Treffen mit Piraten und Die PARTEI berichtet. (Bericht letzte Ausgabe).

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Wessen Stadt ist die Stadt?

Der Kommunalpolitische Arbeitskreis beschäftigte sich am 15. März mit einem überaus interessanten Thema: Die städtischen Eigenbetriebe Göttingens bzw. die daraus hervorgegangenen Gesellschaften. Die Auslagerung städtischer Funktionen in privatrechtliche Gesellschaften betrifft in Göttingen mittlerweile erhebliche Bereiche der Daseinsvorsorge wie Energie- und Wasserversorgung, Öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau, Hallenbad und Sportstättenbetrieb, Lokhalle, Kulturbetriebe, Beschäftigungsförderung, Wirtschaftsförderung ... Überall hier hat der Rat der Stadt in einer Art Selbstentmachtung die zumindest formal demokratische Kontrolle zugunsten einer rein betriebswirtschaftlichen Arbeitsweise aufgegeben. Die Gesellschaften realisieren zusammen mehrere hundert Mio. Euro Umsatz, beschäftigen weit über 1.000 Menschen und haben grob geschätzt zusammen um die 300 Mrd. Euro Schulden(!), wogegen sich die verbliebenen Kassenkredite der Stadt mickrig ausnehmen; Schuldenaufbau in den ausgelagerten Gesellschaften unterliegt nicht dem „Zukunftsvertrag“!

Die Zahl der hierbei entstandenen Gesellschaften ist schwer sicher zu ermitteln, ihre relationale hierarchische Strukturierung gelegentlich unklar oder verworren. Die 8 wichtigsten sind: die Stadtwerke Göttingen AG, die EAM-Gruppe, die Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB) mbH, die Städtische Wohnungsbau in Göttingen GmbH, die Göttinger Sport u. Freizeit (GöSF) GmbH&Co.KG, die Deutsches Theater GmbH, die Göttinger Symphonie Orchester GmbH und nicht zuletzt die Ge-

sellschaft f. Wirtschaftsförderung (GWG) mbH. Lediglich der Bereich der Müll und Abwasserentsorgung ist in Form der Göttinger Entsorgungsbetriebe städtischer Eigenbetrieb geblieben; die Sparkasse ist ein rechtlicher Sonderfall (Körperschaft).

Auch wenn die Stadt vielfach eine Mehrheit oder gar die Gesamtheit der Anteile hält, sind die Auswirkungen dieser zerhackten Wirtschafterei absurd: Die GöVB sind betriebswirtschaftlich „gezwungen“, zur Schuldenminimierung die Fahrgastzahlen niedrig zu halten; zum Bestand der GöSF gehören Wertpapiere im Wert von 6 Mio Euro; „normale“ tarifliche Regelungen können in beide Richtungen erheblich unterlaufen werden – exorbitante Bezahlung auf „Leitungs“-Posten neben allgemeiner Lohndrückerei etc. pp. Insbesondere die GWG, die pikanterweise gerade im Kontext des „Zukunftsvertrages“ eine Kapitalerhöhung erfahren hat, erweist sich als besonders undurchsichtige „Subventionierungsgesellschaft“. Der Verdacht, dass das Lied von der armen Stadt eine bloße neoliberale Propagandanudel sein könnte, verschärft sich bei der genauen Betrachtung eher, zumal der gesetzlich vorgeschriebene Gesamtabschluss des „Konzerns“ (OB Köhler) Göttingen nach wie vor verweigert wird. Erste Forderung der Göttinger Linke sollte die Errichtung eines Konzernbetriebsrates sein, um auf Ebene der Beschäftigten einen Austausch und Überblick über die Verhältnisse, bzw. Zustände der unterschiedlichsten Arbeitsbedingungen und -regelungen zu bekommen. – Wessen Stadt ist die Stadt?

pst

► Göttinger Linke Ratsfraktion ruft zur Wahl des Integrationsrates der Stadt auf

Am 18. Juni dieses Jahres wird ein neuer Integrationsrat der Stadt Göttingen gewählt.

In Göttingen haben derzeit fast 14.000 der gut 29.000 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte immer noch kein Wahlrecht bei den Kommunalwahlen. Für sie ist der Integrationsrat die einzig demokratisch gewählte Vertretung, die ihre Belange in der Stadt Göttingen hör- und erkennbar

vertritt. Wenn die Göttinger Linke auch noch für deutlich mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrechte für den Integrationsrat, insbesondere auch in den Ratsausschüssen eintritt und insgesamt für eine weitergehende Öffnung des Kommunalwahlrechts für hier lebende Bürger*innen mit ausländischen Wurzeln plädiert, so begrüßen und unterstützen wir im vollen Umfang die Arbeit des Integrationsrates.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Kein Termin im April

Info- und Diskussionsveranstaltung
**Gesellschaftlicher Aufbruch 2017 –
Ist die Zeit
reif für rot-rot-grün?**

+ Aktuelle Infos zur Entwicklung der
Tageszeitung „junge Welt“

Fr., 7. April, 19 Uhr, Rote-Hilfe-Saal

Referenten: Ingo Höhmann (jW-Aktionsbüro) und Sebastian Carlens (Ressortleiter Innenpolitik der jW).
Veranstalter: jW-LeserInneninitiative Gö, unterstützt von GöLi, LINKE (OV) und DKP.

Wir selbst werden unsere Möglichkeiten nutzen, dass auch zu dieser Wahl eine Internationale Linke Liste zur Wahl antritt. Unabhängig davon rufen wir aber alle Wahlberechtigten auf, sich an der Wahl zu beteiligen und bitten dabei auch die Göttinger Bevölkerung um ihre Unterstützung.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Ratsinfo

März 2017



Editorial: Ein Höhepunkt der Ratsarbeit ist die Verabschiedung des Haushalts. Im Wesentlichen werden hier die Ausgaben für die nächsten 2 Jahre festgelegt und damit auch die Richtung der Politik. Das Ritual beginnt in Dezember, zieht sich dann für 3 Monate durch alle Ausschüsse in der alle Fraktionen ihre Änderungswünsche einbringen können. Am Ende wird in der Verabschiedung des Haushalts die große Abrechnung gemacht.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Haushaltsrede vom 17.03.2017

„Unsere Stadt steht voll im Saft“ verkündete der Oberbürgermeister bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs im Dezember und dann noch einmal auf dem Neujahrsempfang in der Stadthalle.

Dies gilt leider nicht für die von der Sozialdezernentin angesprochenen gut 16 Prozent Kinder in Göttingen, deren Lebenssituation als arm zu bezeichnen ist. Dies gilt nicht für die immer größere Zahl von alten Menschen, die mit einer Minirente auskommen müssen, denen die Mieten davon laufen und denen oftmals nicht mehr als 300 Euro zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes im Monat bleiben. Junge Familien, die erneut mehr für den Besuch ihrer Kinder im Kindergarten zahlen sollen. Geringverdiener*innen, die sich kein Auto leisten können und wieder mehr für ein Busticket hinlegen müssen. Wobei wir zugestehen, dass die Halbierung des Monatsbustickets für ALG-II-Bezieherinnen eine erste richtige Maßnahme ist. Geringverdiener*innen und Kleinrentner*innen, allerdings, die es sich noch nie oder endgültig nicht mehr leisten können hin und wieder im Badeparadies schwimmen zu gehen, weil eine erneute Erhöhung der Eintrittspreise um durchschnittlich mehr als 10 Prozent ansteht, sind weiterhin die Verlierer*innen. Für all sie gilt, es ist immer weniger im Portemonnaie und jede weitere finanzielle Belastung geht ernsthaft an die Substanz. Wenn wirklich jemand sich den Ausspruch unseres OBs „im vollen Saft zu stehen“ zu Eigen machen kann, dann ist es unsere Sparkasse. Die verkündet voller Stolz, dass sie für 2016 erneut ein Rekordergebnis verbuchen kann. Und da nun längst alle Kriterien nach Basel III erfüllt sind und eine beachtliche Risikorücklage geschaffen wurde, und weil immer mehr Sparkassen dazu übergehen, freiwillig oder durch öffentlichen und politischen Druck getrieben, dürfen wir von unserer Sparkasse endlich einen erkennbaren Beitrag an Ausschüttung an den städtischen Haushalt erwarten. Damit könnte die Beitragserhöhung für die Kindertagesstätten entfallen und kompensiert werden, damit könnte der angebliche Fehlbeitrag der Göttinger Verkehrsbetriebe ausgeglichen werden und Busfahren müsste zumindest nicht teurer werden und wir hätten noch Luft dafür, der einen oder anderen sozialen und kulturellen Initiative ihre Arbeit etwas zu erleichtern. Wir müssten nicht um einige Tausend Euro zum Erhalt der Zwangsarbeiterausstellung feilschen, könnten das Projekt zum Schutz vor Gewalt von Kinder- und Jugendlichen Phoenix fördern, die medizinische Flüchtlingshilfe weiterhin unterstützen, die Schularbeitenhilfe fördern und auch die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen in ihrer Arbeit würdigen. Auch wichtige Frauenprojekte können nicht aus dem vollen Saft schöpfen, der von OB proklamiert wird. So bleiben beispielsweise die begründeten Anforderungen von ProFamilia, dem Frauenhaus und auch vom Nachbarschaftszentrum Grone unberücksichtigt. Alles Projekte, die insbesondere Frauen in teilweise existenziellen Nöten zur Seite stehen und wichtige Integrationsarbeit leisten.

Und, auch wenn wir selbst in der jetzigen Lage von Niedrigzinsen und gleichzeitigem Investitionsstau für etliche Bereiche der öffentlichen Infrastruktur nicht unbedingt der schwarzen Null huldigen, könnte der Kämmerer immer noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Also selbst mit den Vertragsverpflichtungen aus dem von uns wenig geliebten EHP käme er nicht wirklich ins Gehege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz des angeblich vollen Saftes, in dem die Stadt stehen mag, gibt es noch etliche Bereiche in unserer Stadt, die eher einem verdorrten Ast ähneln.

Lassen Sie mich ein anderes Problemfeld ansprechen. Die Stadt verfügt zwischenzeitlich über so viel Eigenbetriebe und Gesellschaften, dass deren Haushalte einen nennenswerten Teil des Volumens unseres hier von uns diskutierten Haushaltes erreichen. Seit Jahren fordert der Landesrechnungshof im Sinne von mehr Klarheit und Wahrheit für die Bevölkerung und ihre Räte eine Gesamtübersicht und Zusammenstellung. Die internen Verschachtelungen und Verquickungen bleiben uns als Feierabendpolitiker in vielen Fällen verborgen oder ein Rätsel. Ist Ihnen allen klar, dass diese ausgelagerten Betriebe - auch ohne Sparkasse und EAM - weit über 100 Millionen Euro Umsatz machen, 1300 Beschäftigte haben und grob ermittelt gut 300 Millionen Euro Schulden vor sich her tragen? Auch wenn die Schulden hauptsächlich aus der Wohnungsbaugesellschaft und dem Entsorgungsbetrieb herrühren, der verbleibende Rest dürfte immer noch der Höhe der städtischen Kredite entsprechen.

Wieso muss die Göttinger Sport- und Freizeit GmbH z.B. ihre Eintrittspreise für die Schwimmbäder um durchschnittlich gut 10 Prozent erhöhen wobei sie gleichzeitig über Rücklagen in Wertpapieren in Millionenhöhe verfügt? Warum gehen viele Grundstücks- und Immobiliengeschäfte der Göttinger Wirtschaftsgesellschaft ohne große Diskussion im Rat über die Bühne, obwohl sie zu 100 Prozent in Händen der Stadt ist? Hier findet eine permanente Selbstentmachtung des Rates statt. Deutlich mehr Transparenz in Bezug auf unsere Gesellschaften und Eigenbetriebe ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich. Die Zusammenfassung dieser quasi Schattenhaushalte mit all ihren Gewinnen und Verlusten, ihren internen Ausgleichs- und Verrechnungsmechanismen - als Konzernabschluss - muss endlich erfolgen. Die immer mit deutlicher Verzögerung vorgelegten Beteiligungsberichte erfüllen diesen Anspruch nicht wirklich.

Fortsetzung auf Seite 12

► Sendung des NDR zu Sparkassenüberschüssen

Presseerklärung der Göttinger Linke im Rat der Stadt

NDR-Sendung belegt: Forderung der Ratsfraktion der Göttinger Linken nach Gewinnausschüttung der Sparkasse ist eindeutig berechtigt

In der am Montag, den 13. März ausgestrahlten Fernsehsendung des NDR wird mit eindeutigen und klaren Belegen bestätigt, dass die von der Göttinger Linken seit Jahren und erst im Februar durch Ratsantrag erneuerte Forderung nach einer Teilausschüttung des Bilanzgewinnes der Sparkasse Göttingen an ihren Gewährsträger die Stadt Göttingen mehr als gerechtfertigt ist.

Ein Grund, weshalb bisher immer noch nur einige Sparkassen in Nord-

deutschland ihre Kommune direkt unterstützen, sehen Kritiker in der mangelnden Kontrolle des Sparkassenvorstands durch die zuständigen Kommunalpolitiker. Diesen Vorwurf sollten wir in Göttingen durch konkretes Handeln ernsthaft entkräften.

Auch die häufig von den Sparkasse geübte Praxis des Sponsorings, die häufig als Argument und Beleg für ihren Gemeinsinn und ihr soziales Verständnis angeführt wird, entpuppt sich im Vergleich mit dem Gewinn als Bagatellsumme, als völlig intransparent Vergabe nach „Guts-herrenart“, häufig eingebunden in eine großartige Werbeschau mit Bildchen von der Scheckübergabe.

In Kenntnis der Ausstrahlung des Fernsehbeitrages, hat die Göttinger Linke schon Tage vor dem Sendetermin jedem einzelnen Ratsmitglied den Hinweis auf die Sendung mit genauer Angabe von Sendezeit und Sender per Email übermittelt. Vielleicht haben ja zumindest einige Ratsmitglieder von unserem Hinweis Gebrauch gemacht, sich die Sendung anzuschauen. Wie sie die erhaltenen Informationen und Hinweise aufnehmen und würdigen bleibt abzuwarten.

Sollte die ungünstige Sendezeit oder etwaige Terminüberschreitungen andere Ratsmitglieder daran gehindert haben die Sendung direkt zu verfolgen, so ist die Ratsfraktion der Göttinger Linken gern behilflich dabei, eine Aufzeichnung zu erhalten. Für die interessierte Öffentlichkeit verweisen wir auf den Link:

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45min/UnsereSparkassen-Wer-kassiert-die-Gewinne,sendung618582.html>

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Ratsinfo

März 2017



Fortsetzung von Seite 11

Wir werden zu den einzelnen Teilhaushalten insgesamt nur noch wenige Anträge stellen, da ja in den Beratungen der Fachausschüsse schon die wesentlichen Entscheidungen gefallen sind und wir hier nicht da ganze Prozedere wiederholen wollen. Wir werden etlichen Teilhaushalten durchaus unsere Zustimmung geben, weil uns die in ihnen ausgewiesenen Ansätze und auch deren Gesamtrichtung einleuchten und stimmig erscheinen.

Aber es gibt eben auch Einzelhaushalte, wie sie sicher erwartet haben, denen wir nicht zustimmen können. Wenn z.B. für unser städtisches Museum immer noch keine wirkliche Finanzierung erkennbar wird, um den Museumsbetrieb wieder vollumfänglich aufnehmen zu können, dafür aber immer noch erhebliche Mittel für das zumindest von uns mit Skepsis betrachtete Kunstquartier verankert werden, dann ist das für uns z.B. nicht zustimmungsfähig. Aber nun will ich meinen Fraktionskollegen unsere Vorschläge und Anregungen für den Kultur-, Sozial-, Schul- und Jugendhilfebereich nicht vorwegnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders enttäuscht und verärgert sind wir, dass sie nach all den wohnungspolitischen Diskussionen und Anträgen im Bauausschuss und Rat unseren Antrag nach Aufnahme eines Betrages von fünf Millionen Euro als eigenen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau unisono abgelehnt haben. Hier könnt der Rat nach all seinen Appellen und Schwüren einen eigenen Akzent und Schwerpunkt setzen. Das Argument, wir hätten z.Zt. gar nicht die notwendigen Grundstücke, um sie selbst zu bebauen, lassen wir so nicht gelten. Statt Grundstücke und Gebäude, wie in der Vergangenheit aus unserer Sicht allzu häufig zu verkaufen, könnte man sich auch darauf verständigen, vermehrt auch wieder welche zu erwerben., Das wäre schon 2013 für das gesamte IWF-Gelände mit einem Betrag von 2,8 Millionen Euro möglich gewesen. Dort hätte jetzt schon Sozialer Wohnungsbau stattfinden können. Stattdessen baut dort demnächst ein privater Investor hochpreisige, im Nonnenstiegviertel höchst umstrittene Wohnungen. Wir hätten mit der Gothaer, Satorius und einigen anderen Grundstücksverkäufern über einen Geländeankauf ernsthaft verhandeln können. Und wir würden mit solchen Maßnahmen nach unserer Überzeugung noch nicht einmal mit dem Entschuldungshilfeprogramm in Konflikt geraten. Denn das Land gesteht uns darin zu, dass in speziellen Situationen mit akutem Handlungsdruck, besondere, den Grundsätzen des Vertrages einer schnellen Entschuldung entgegenlaufende Maßnahmen zulässig sind und keinen Vertragsverstoß darstellen oder gar Sanktionen nach sich ziehen müssen. Wann, wenn nicht jetzt in Zeiten einer noch nie da gewesenen Niedrigzinssituation sollen und wollen wir denn aktiv werden? So wird die viel gepriesene „schwarze Null“ doch nur noch zum Fetisch und die Förderung sozialen Wohnungsbaus bleibt nicht nur von Bund und Land eine Fata Morgana, sondern auch in unserem Haushalt.

Nun kann man natürlich sagen, war doch klar, dass die Göttinger Linke den Gesamthaushalt ablehnen wird. Das ist doch die übliche Pflicht der in Opposition stehenden Fraktionen. Ich meine aber, wir verhalten uns nicht nur rollenkonform und folgen ritualisierten Abläufen, sondern wir haben inhaltliche und politische Gründe, dem so vorliegenden Haushalt in seiner Gesamtheit unserer Zustimmung zu verweigern.